

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. jährlich 12 Briefmarken. Die einzelne Nummer kostet 20 Pfennig.

Briefetal-Bote

Eingelagert werden in der 6444/4461: Briefmarken, Postwertzeichen 5 M. und Postwertzeichen-Blätter anzuwenden. Die entsprechenden Postmarken sind 25 Pfennig, die Briefmarken 5 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgebend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 134 | Postfachkonto: Berlin 62 448 | Dienstag, den 24. August 1926 | Postfachkonto: Berlin 62 448 | 25. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Einladung zur Gemeindevorsteher-Sitzung.
Am Freitag, den 27. August 1926, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindefürsors, Hohen Neuendorfer Straße 3, anberaumten Sitzung der Gemeindevorsteher, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschließen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeinde-Versammlung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.
Tagesordnung:
1. Erlass eines Ortsstatuts über Reinigung der öffentlichen Wege.
2. Erlass eines Ortsstatuts über das Feuerlöschwesen.
3. Unfallversicherung der Feuerwehrmannschaften.
4. Festsetzung des Fremdenzuschlages.
5. Kostenbewilligungen.
6. Kenntnisnahmen und Beschließendes.
Nichtöffentlich:
7. Grundstücksverkauf bzw. Erteilung eines Erbbaurechtes.

Die Urliste der im Gemeindebezirk Bergfelde wohnhaften Personen, welche zu dem Amte eines Schiffsbesitzer oder Schiffswarenbesitzer werden können, liegt vom 24. bis einschließl. 31. August 1926 im Gemeindebüro während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.
Einsprüche gegen die Richtigkeit der Urliste können schriftlich oder zu Protokoll während der Auslagefrist bei mir angebracht werden.
Bergfelde, den 23. August 1926.
Der Gemeindevorsteher. Czokowski.

Hohen Neuendorf

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Schutz den Entwässerungsgräben.
Nicht nur Schulkinder, sondern auch Erwachsene klettern auf die in den Straßen aufgeschlagenen Entwässerungsgräben, beim Ab-springen bringen sie die Röhren ins Rollen. Nicht genug, daß die Röhren beschädigt werden, so bringen die Betreffenden sich selbst und ihre Mitmenschen auch in Gefahr. Ich wäre daher einbringlich bei Vor dem Betreten der Röhren und bitte die Eltern usw., ihre Kinder entsprechend anzuhaltend. Für die Schäden sind die Täter bzw. Verantwortlichen allein haftbar. Die Außenbeamten sind angewiesen, jede Uebertretung zur Anzeige zu bringen.

Befahren der Bürgersteige.

Die Klagen über das Befahren der Bürgersteige mit Fahrrädern und Handwagen wollen nicht verstummen, obwohl bereits mehrmals auf die Rücksichtslosigkeit und Strafbarkeit der Handlung öffentlich hingewiesen worden ist. Ich setze mich daher demüthigst für die erneuten Uebertretungsfällen unanständigst strenge Bestrafung eintreten zu lassen.

Was gibt es Neues?

- Die Verhandlungen über Eupen-Malmédy sind endgültig gescheitert.
- Die französische Regierung hat den ersten Teil ihres Sparprogramms bekannt gegeben.
- Das französische Kabinett wird sich in den nächsten Tagen eingehend mit der Faltung Frankreichs auf der Genfer Waisstiftung beschäftigen; dabei soll auch die Fangerfrage erörtert werden.
- Der Generalrat des englischen Gewerkschaftsverbandes und der Bergarbeiterverband haben einen neuen Aufruf für die Unterstützung der streikenden Bergleute erlassen.
- Marshall Fichangstoll hat 12 chinesische Bankiers, darunter 7 Millionäre, wegen verbotener Spekulationen in mandchurischer Währung hingerichtet lassen.

Neuer Umsturz in Griechenland.

Rondellis Herr der Lage. General Pangalos verhaftet
London, 22. August. Neuer melet aus Athen, daß dort eine Revolution ausgedroht ist. Rondellis ist Herr der Lage. Admiral Konstantinidis habe die Präsidentschaft übernommen und verspricht, daß Pangalos festgenommen wurde, daß sich in Spelae aufhalte. Die Garnisonen in der Provinz hätten die neue Regierung anerkannt. Zu Vintoregeln ist es nicht gekommen.

Ergänzend erhalten wir hierzu folgende Meldung:
Athen, 22. August. Sämtliche Minister des Kabinetts Cautogas wurden verhaftet. General Rondellis ergriff unter Führung von der Garnison, die ihn mit Jubel begrüßte, im Laufe der Nacht von den öffentlichen Gebäuden in Athen Besitz und ließ sofort den Kriegsminister festnehmen. Er veröffentlichte darauf einen Aufruf an das griechische Volk, in dem mitgeteilt wird, daß die „Synnerei des Generals Pangalos“ ein Ende gefunden habe. In der Stadt herrscht gegenwärtig wieder völlige Ruhe.

Sagesfragen der Außenpolitik.

Eine Rede des Reichsfanzlers in Breslau.
Bei der Generalversammlung des Augustinusvereins der deutschen Presse, die am Sonntag nachmittag vor Eröffnung des Deutschen Katholikentages in Breslau stattfand, hielt Reichsfanzler Dr. Marx einen längeren Vortrag über Tagesfragen der Außenpolitik, worin der Kanzler unter anderem betonte:
Nach wie vor wird die deutsche Außenpolitik beherrscht von dem großen Fragenkomplex, der sich an Locarno, die Befakuna und den Völkerverbund knüpft.

Daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund nicht, wie vorgesehen, bei der verlossenen Märztagung erfolgen konnte, ist, wie auch die Vertragspartner von Locarno offen anerkannt haben, nicht die Schuld Deutschlands gewesen und deswegen hat man uns auch zugelegt, daß die in Locarno versprochenen Rückwirkungen eintreten sollten, als ob Deutschland bereits Mitglied des Völkerverbundes sei, bzw. der Locarno-Pakt bereits Rechtskraft erlangt hätte. Nun werden manche von ihnen vielleicht dem entgegenhalten, daß ein praktisches Resultat dieser Besprechungen bisher kaum zu bemerken gewesen sei und daß der so viel zitierte „Geist von Locarno“ nachgerade sich nicht allzuweit ausgewirkt habe. Ich gebe zu, daß wir alle, die wir Hoffnungen auf Locarno setzten, unsere Hoffnungen bis jetzt nicht in dem Maße in Erfüllung gehen sahen,

wie wir es im Interesse unseres Landes und der Befriedigung Europas gewünscht hätten. Wir vergessen aber nur allzu leicht bei der Beurteilung der Lage von heute den Vergleich mit der Lage von gestern, und da fällt der Vergleich doch — trotz allerlei berechtigter Beschwerden — entschieden zu gunsten der Lage von heute aus.

Bezüglich der Befragungsfrage liegt das Mögliche zur Zeit in der Richtung einer erheblichen Verminderung der Besatzung, einer Erleichterung der gesamten Situation im besetzten Gebiet durch weiteren Abbau der Erdmännchen, durch Befreiung kleiner Ortschaften und Städte durch Besatzungstruppen, freilich unter Voraussetzung einer stärkeren Besatzung der größeren Garnisonen. Ich gebe zu, die Tatsache, daß nach der Räumung der Kölner Zone die Truppenzahl in der zweiten und dritten Zone sich zunächst noch um einige Tausend Mann vermehrt hat, verglichen mit der Zahl, die in den beiden Zonen vor der Räumung der Kölner Zone vorhanden waren, ist eine schmerzliche Enttäuschung für uns gewesen.

Frankreich hat nicht in dem Maße seinen Truppenbestand vermindert, wie englische und belgische Truppen neu hinzutamen.

Nach der Note der Völkerverkonferenz vom 14. November 1925 durften wir auf eine „sähhbare“ Verminderung der Truppenstärken rechnen, und zwar auf eine Verminderung, welche sich der „Normalstärke“ nähern sollte. Sie wissen, daß wir den Ausdruck „Normalstärke“ dahin interpretiert haben, daß darunter die Stärke der deutschen Friedensgarnisonen in den fraglichen Gebieten zu verstehen sei, und das sind etwa 50 000 Mann. Wir werden selbstverständlich nach wie vor uns an unsere Interpretation halten, aber die Hauptsache ist uns, daß tatsächlich eine sähhbare Verminderung eintritt.

Ich hoffe bestimmt, daß es trotz mancherlei Widerständen gelingen wird, den berechtigten deutschen Wünschen Geltung zu verschaffen. Sie wissen, daß in der Zeit zwischen dem 15. März und dem 15. Juni bereits 4000 Mann alliierte Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen worden sind. Eine größere Anzahl wird in den kommenden Wochen das besetzte Gebiet verlassen. Selbstverständlich genügt uns eine Zahl von 16 000 Mann, die in der Presse genannt wurde, nicht.

Wir verlangen von der Gegenseite eine Politik im Geiste von Locarno. Wir verlangen von der Gegenseite auch eine Einwirkung auf die öffentliche Meinung im Geiste von Locarno. Gerade deshalb müssen wir uns peinlich hüten, den falschen Verdacht aufkommen zu lassen, als versuchten wir, einen Geist zu pflegen, der mit dem Geiste von Locarno in Widerspruch steht.

Die Wahrheit über Eupen.

Was die Reichsregierung sagt.
Mit Bezug auf die Meldungen ausländischer Zeitungen, namentlich französischer Blätter, über die Frage Eupen-Malmédy wird jetzt von zuständigen deutscher Seite eine Erklärung veröffentlicht, worin unter anderem gesagt ist:

Für die Deutsche Regierung ist der Tatbestand sehr einfach. Er läßt sich mit wenigen Worten wiedergeben: Zwischen deutschen und belgischen Bürgern sind sich in vor längerer Zeit Besprechungen in Gang genommen, die sich auf eine deutsche Minorität bei den internationalen Plänen zur Eiderung der belgischen Währung bezogen. Ohne daß es einer besonderen deutschen Initiative bedurfte, ist dabei auch der Gedanke erörtert worden, ob nicht die Möglichkeit bestände, ein deutsch-belgisches Zusammengehen auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiete dadurch zu fördern, daß gleichzeitig eine Verbindung über das künftige Schicksal der Kreise Eupen und Malmédy herbeigeführt würde. Es bedarf keiner Begründung, daß eine Vereinigung dieser Frage auf dem Wege verständnisvoller gegenseitigen Entgegenkommens wesentlich zu

einer Vertiefung der gesamten Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien beitragen würde.

Auch in belgischen Kreisen schien man sich dieser Erkenntnis keineswegs zu verschließen. Das zeigte die verständige Haltung maßgebender belgischer Blätter. Es muß betont werden, daß diese Besprechungen nicht den Charakter offizieller Verhandlungen von Regierung zu Regierung angenommen haben. Selbstverständlich hat die Reichsregierung von den Unterhaltungen Kenntnis gehabt. Ebenso selbstverständlich ist es, daß sie die Entwicklung der Dinge mit dem größten Interesse verfolgt hat.

Durch den geschilderten Sachverhalt kennzeichnet sich der Versuch der französischen Zeitungen, dieser Haltung der Reichsregierung den Vorwurf der Erpresserpolitik zu machen, ohne weiteres als widersinnig. Für Deutschland konnte und kann nichts anderes in Frage kommen, als eine Verständigung, die die Gewähr der Dauer dadurch erhält, daß sie in völlig gleicher Weise den Interessen beider Länder entspricht, nicht aber eine Verständigung, die für den einen Teil nur ein Mittel zum Zweck, um über derzeitige Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Die Suche nach den D-Zug-Attentätern.

Kriminalpolizei, Landjäger und Reichsbahn in Tätigkeit.
Wie verlautet, wird zur Zeit vier Spuren nachgegangen, um der Eisenbahnattentäter, die die letztere Katastrophe verschuldet haben, habhaft zu werden. Als ein wesentlicher Fortschritt in den Ermittlungen muß gelten, daß die Herkunft der zur Lösung der Schienen verwendeten Werkzeuge festgestellt werden konnte.

Ebenso werden in Anbetracht der Vermutungen, daß es sich um den Nachsatz eines entlassenen Eisenbahners handeln könnte, Ermittlungen darüber angestellt, wo und unter welchen Umständen in der letzten Zeit eine Entlassung vorgenommen ist. Auch werden Vernehmungen der verschiedenen Polizeistellen und Notizen durchgeführt, um auf diese Weise festzustellen, ob irgendein bei der Reichsbahn Beschäftigter sich durch Äußerungen oder Drohungen verdächtig gemacht hat.

Auf der Spur der Attentäter.

Die Kriminalpolizei Hannover verfolgt eine ganz bestimmte Spur, die große Aussicht auf Erfolg bietet; sie führt nach Hillese und Gifhorn.

Die Hilfszüge.

Das Unglück geschah um 2 Uhr 15 Minuten nachts. Die Meldung hierüber traf über den nächsten Block und die nächste Station in Oebisfelde nach 15 Minuten ein, also um 2,30 Uhr. Das Personal und die Letzte des Hilfszuges wurden innerhalb 40 Minuten herbeigeholt, so daß der Zug um 3,10 Uhr abfuhr. Nach den Vorarbeiten muß der Hilfszug nachts innerhalb 45, am Tage innerhalb 30 Minuten abfahren. Die Ankunft des Hilfszuges in Leirde erfolgte 3,41 Uhr, das ist eine Fahrzeit von 31 Minuten gegenüber 49 Minuten eines Personenzuges. Um 3,51 Uhr traf der Zug an der Unfallstelle ein. Bereits 20 Minuten nach dem Unglück waren jedoch schon Letzte aus der Umgebung in Autos an der Unfallstelle eingetroffen.

Eupen-Malmédy bleibt belgisch.

Woran die Verhandlungen gescheitert sind.

Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris“ gibt eine Darstellung von den jetzt gescheiterten Verhandlungen über eine Rückgabe Eupen-Malmédy. Danach sollen mehrere Mitglieder des belgischen Kabinetts wie Dutard und Hymans von Anfang an gegen einen solchen Vorschlag gewesen sein. Delacroix sei es aber gelungen, Francaux für den Plan zu gewinnen, so daß die Verhandlungen wieder in Fluß gekommen seien. Im Verlaufe der Besprechungen habe aber der belgische Ministerpräsident in Uebereinstimmung mit König Albert beschlossen, die Prüfung der Frage abzulehnen.

Delacroix sei aufgefordert worden, die Unterredungen einzustellen und Schacht zu erklären, daß sich die Regierung weigere, in dieser Frage mit ihm zu verhandeln. Die Weigerung der belgischen Regierung sei endgültig und unumstößlich.

Im Ministerrat habe Justizminister Hymans die Argumente angeführt, die gegen eine Rückführung der deutschen Vorschläge sprächen. Falpar habe sich diesen Argumenten angeschlossen, ebenso wie Vanderveelde. Der Korrespondent des Blattes gibt als Grund für die Entscheidung der belgischen Regierung an, die Bevölkerung der Bevölkerung von Eupen und Malmédy sei so groß, daß sich der belgische Ministerpräsident habe entschließen müssen, die Vorschläge unverzüglich zurückzuziehen.

Diese Begründung ist natürlich nicht ernst zu nehmen, denn man weiß nur zu gut, daß die große Mehrheit der Bevölkerung von Eupen-Malmédy lieber